

# Stellungnahme

zum: "Antrag Bad Pyrmont INTAKT/Unsere Stadt: Erhöhung des Werbeetats der Bad Pyrmont Tourismus GmbH (BPT) um 100.000 €"

## unsere Entscheidung: Ablehnung

Begründung:

### 1. **Verantwortlichkeit der BPT:**

Die Bad Pyrmont Tourismus GmbH (BPT) ist als eigenständige Organisation verantwortlich für die Aufstellung ihres Wirtschaftsplanes und die Definition der unternehmerischen Ziele. Die Entscheidungen über die Verwendung der Mittel im Werbeetat obliegen der Geschäftsführung und nicht der Politik. Eine Einmischung in diese operative Planung würde die Verantwortung der BPT untergraben.

### 2. **Erhöhung des Zuschusses beeinflusst nicht automatisch den Werbeetat:**

Eine Erhöhung des städtischen Zuschusses führt nicht automatisch zu einer Erhöhung des Werbeetats, da die Stadt über den sogenannten Betrauungsakt lediglich bestehende Verluste der BPT ausgleicht. Es obliegt weiterhin der BPT, im Rahmen ihres Wirtschaftsplanes zu entscheiden, wie die Mittel auf verschiedene Bereiche, einschließlich Werbung, verteilt werden.

### 3. **Strategische Planung durch den neuen Geschäftsführer:**

Der neue Geschäftsführer der BPT hat die Aufgabe, eine klare strategische Ausrichtung für die kommenden Jahre zu entwickeln. Bevor zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, sollte die BPT zunächst Ziele und Maßnahmen darlegen, die eine Aufstockung des Werbeetats rechtfertigen. Ein ungesteuerter Mittelzufluss ohne konkrete Pläne bringt keinen Mehrwert.

### 4. **Nachhaltige Haushaltsführung:**

Die Stadt Bad Pyrmont hat eine Verpflichtung, nachhaltig mit ihren Mitteln umzugehen. Eine reine Erhöhung des städtischen Zuschusses, ohne dass dies durch klare Ziele und Maßnahmen unterlegt ist, widerspricht diesem Grundsatz. Eine verantwortungsvolle Haushaltsführung erfordert, dass finanzielle Mittel zielgerichtet und nachvollziehbar eingesetzt werden.

#### 5. **BPT verfügt bereits über ausreichende Mittel:**

Der Wirtschaftsplan der BPT für 2025 berücksichtigt bereits eine Erhöhung des Werbeetats. Zusätzliche Mittel sind daher nach heutigem Stand nicht erforderlich. Die bisherigen Mittel sollten optimal eingesetzt werden, bevor weitere Mittel beantragt werden.

#### **Fazit:**

Die CDU/Küppers FDP-Fraktion lehnt den Antrag ab, da die Verantwortung für die Gestaltung des Werbeetats bei der BPT liegt und eine zusätzliche Erhöhung des städtischen Zuschusses ohne konkrete Maßnahmen und Ziele nicht gerechtfertigt ist.

**Es ist nicht Aufgabe der Politik, Wirtschafts- und Maßnahmenpläne für die BPT zu erstellen**, sondern sicherzustellen, dass bestehende Mittel verantwortungsvoll genutzt werden.